



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juli 2013



100% sozial und 100 % vor Ort: DIE LINKE auf Fahrradtour in St. Pauli

Gestartet sind wir bei Wind und Wetter mit unseren roten Aktions-Fahrrädern am Freitag, den 21. Juni vor der Elbphilharmonie in der Hafencity.

Die „Elphi“ ist das Millionengrab der Luxus-Kultur. Zuerst sollte sie „nur 77 Millionen Euro“ kosten, dann zum „Festpreis von 241 Millionen Euro“ erstellt werden und jetzt soll sie satte „789 Millionen Euro“ kosten. Jan van Aken und Norbert Hackbusch machten vor Ort klar, dass DIE LINKE den Reichtum umverteilen will, aber nicht für piekfeine Luxus-Kultur mit Elbblick, sondern um soziale Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft zu verwirklichen.



Redaktionsschluss für die August-Ausgabe:
Sonntag, 28.07.2013

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Gemeinsam ging es dann zur Kersten-Miles-Brücke bei den Landungsbrücken. Hier haben vor zwei Jahren die Proteste gegen den „Schreiber-Zaun“ stattgefunden, der ein Symbol für die Vertreibungspolitik gegenüber Obdachlosen wurde. Der SPD-Bezirksamtsleiter Markus Schreiber ließ unter der Brücke einen Zaun für 118.000 Euro bauen, um Obdachlose daran zu hindern unter einer Brücke zu schlafen. Die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen den Zaun, die große Solidaritäts-Demonstration der St. Pauli-Fans für die Obdachlosen und die engagierte Rede von Pastor Sieghard Wilm auf der Kundgebung der LINKEN direkt vor dem Zaun, führte dazu, dass erst der Zaun weg geflext wurde und dann auch Schreiber gehen musste. Nach wie vor ist das Thema Obdachlosigkeit in Hamburg eine offene Wunde für Menschen mit einem sozialen Gewissen in dieser Stadt. Es fehlt eine soziale Grundsicherung, die diesen Namen verdient und es fehlen bezahlbare Wohnungen in Hamburg!

Mit den Fahrrädern ging es dann zu den tanzenden Türmen auf die Reeperbahn. In St. Pauli hat die Innenbehörde bereits zwei Gefahrengelände einge-

Inhalt

Fahrradtour der LINKEN.	S. 1
Hamburger Moratorium	S. 3
Keine Mehrheit für Menschlichkeit	S. 4
PM ESSO-Häuser	S. 4
Wahltermin Bezirkswahl	S. 4
Urlaubslektüre	S. 5
Aktivitäten im Juli	S. 5
BASFI und Demokratie	S. 5
Termine/Kontakt	S. 6

Im August dann wieder mehr Originalbeiträge, hoffe ich ...

richtet, in denen die Polizei verdachtsunabhängig Personen kontrolliert. Das eine Gefahrengebiet wird als „Gefahrengebiet St. Pauli“, das andere als „Gefahrengebiet St. Pauli-Vergnügungsviertel“ bezeichnet. Allein im „Gefahrengebiet St. Pauli-Vergnügungsviertel“ rund um die Reeperbahn wurde seit 2005 die Identität von 51.477 Personen festgestellt, 11.661 Personen durchsucht, gegenüber 13.554 Personen Platzverweise erteilt und gegenüber 3.101 Personen Aufenthaltsverbote ausgesprochen sowie 2.348 Personen in polizeilichen Gewahrsam genommen.



Gefahrengebiete konstruieren einen Generalverdacht gegenüber Menschen, die sich in bestimmten Stadtteilen aufhalten. Dieser Generalverdacht richtet sich insbesondere gegen polizeilich definierte „Zielgruppen“. Dazu gehören auch „Personen, die augenscheinlich dem linken Spektrum zuzurechnen sind“, zumindest im Zusammenhang mit links-alternativen Demonstrationen. Zum Glück mussten wir unsere Fahrradtour nicht bei der Versammlungsbehörde anmelden und konnten mit den Leuten in St. Pauli ungestört von Polizeikontrollen ins Gespräch kommen.

Von dort ging es zu den Esso-Häusern, die seit Jahren nicht renoviert wurden, weil die Eigentümer mit dem Verfall der Wohnungen spekulieren. Jetzt sollen sie abgerissen werden, obwohl eine Initiative und die Recht auf Stadt Bewegung für den Erhalt der Esso-Häuser kämpft. Auch die Esso-Häuser sind ein aktuelles Beispiel für die Ausgrenzung und Verdrängung der BewohnerInnen auf St. Pauli, für die Aufwertung und Schickimickisierung ganzer Stadtteile. Die Initiative Esso Häuser kämpft jetzt mit einem Manifest, das 125 WissenschaftlerInnen, Kulturschaffende und Architekten aus der ganzen Republik unterzeichnet haben für den Erhalt der Wohnungen. Mehr Informationen unter www.initiative-esso-haeuser.de
Siehe auch PM der Bezirksfraktion unten.

Vom Park Fiction oberhalb der St. Pauli Hafenstrasse, der von linken ‚Recht auf Stadt‘-AktivistInnen in „Gezi-Park-Hamburg“ umbenannt wurde, blickten wir gegenüber auf die Rüstungs-



werft Blohm und Voss. Dort wird genauso wie im Rest der Republik am Krieg verdient. „Krieg made in Germany“ ist der Titel einer Reihe von Veranstaltungen im Wahlkampf, auf denen Jan van Aken über die deutsche Rüstungsexportpolitik informiert. Beim Blick auf Blohm und Voss erläuterte Jan, dass die Rüstungsgeschäfte auch florieren, weil die Bundesregierung das Geschäft mit dem Tod massiv unterstützt, politisch und finanziell. Die Regierung genehmigte im Jahr 2011 Rüstungsexporte im Wert von 10,8 Milliarden Euro - ein Rekordhoch. Seit Jahren ist die Bundesrepublik weltweit das drittgrößte Rüstungsexportland. Selbst vor Waffenlieferungen in Krisenregionen und an Diktaturen schreckt die Bundesregierung nicht zurück: Kampfpanzer für Saudi-Arabien, Kriegsschiffe und Grenzsicherungssysteme an Algerien oder Drohnen für Südkorea sind nur einige Beispiele. Am gefährlichsten sind aber die Kleinwaffen: Sie sind die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit, 90 Prozent der Kriegstoten fallen Kleinwaffen zum Opfer. Deutschland verdient auch hier kräftig mit, denn in Deutschland sitzt mit Heckler & Koch, ein weltweit führender Kleinwaffenhersteller.

Krieg ist auch die Ursache von Flucht. Seit Ende März leben ca. 300 afrikanische Flüchtlinge aus Libyen obdachlos in Hamburg. Sie sind 2011 vor dem Krieg in Libyen auf die Insel Lampedusa in Italien geflohen und wurden in Italien offiziell als Kriegsflüchtlinge anerkannt. Nachdem die EU ihre Finanzhilfen für Italien Anfang 2013 beendete, wurden für 5.700 Flüchtlinge die Lager in Italien geschlossen und die Menschen obdachlos. Sie mussten also ein weiteres Mal fliehen: auch nach Hamburg. In Hamburg organisierten sich die Flüchtlinge als Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ und protestierten gemeinsam mit vielen HamburgerInnen in der Stadt, um auf ihre dramatische Situation aufmerksam zu machen: sie fordern ein Bleiberecht, eine Wohnung, freien Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zu medizinischer und sozialer Versorgung sowie die freie Wahl des Aufenthalts- bzw. Wohnortes innerhalb der EU. Eine Abschiebung der Flüchtlinge nach Italien ist offensichtlich rechtswidrig: über 200 aktuelle Urteile von

Verwaltungsgerichten in der Bundesrepublik dokumentieren dies.



Nach wochenlangen Verhandlungen zwischen der Diakonie und dem SPD-Senat stellte sich heraus, dass der Senat die Flüchtlinge in einer Turnhalle unterbringen wollte. Dort sollten sie erkennungsdienstlich behandelt und registriert werden, um sie binnen vier bis sechs Wochen nach Italien abzu-

schieben. Für diese Abschiebefälle wollte weder die Bischöfin noch die Diakonie zur Verfügung stehen. Deshalb haben über 70 Flüchtlinge nach dem Besuch des Gottesdiensts im Michel Zuflucht in der St. Pauli Kirche gesucht. Die Pastoren Sieghard Wilm und Martin Paulekuhn haben die St. Pauli Kirche für die Flüchtlinge geöffnet und leisten mit vielen Menschen aus St. Pauli die notwendige humanitäre Nothilfe für die afrikanischen Flüchtlinge, die der Senat ihnen verweigert. Wir sind beeindruckt von der vielfältigen Solidarität, die die Flüchtlinge täglich erfahren und werden mit ihnen weiterhin für ein Bleiberecht in Hamburg kämpfen.

Bela Rogalla
Landessprecher DIE LINKE Hamburg

Zuerst veröffentlicht auf der Webseite des Landesverbands, leicht bearbeitet von -red.

Hamburger Moratorium

In Hamburg lebt zurzeit eine Gruppe von Menschen, die vor dem Krieg in Libyen nach Italien geflüchtet waren. Sie nennen ihre Gruppe selbst „Lampedusa in Hamburg“. Italien erhielt von der EU finanzielle Mittel, um die kriegsbedingte Einreise von vielen tausend Menschen kurzfristig bewältigen zu können. Damit wurde unter anderem deren Unterbringung in „temporären Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen“ ermöglicht. Die Zahlungen der EU endeten Anfang 2013 und die „temporären Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen“ wurden geschlossen. Betroffen waren 5.700 Personen, die berechtigt sind, sich in Italien aufzuhalten und dort zu arbeiten. Italien ist EU-Mitglied und damit haben die Menschen auch das Recht, sich in anderen Mitgliedstaaten der EU zu bewegen und so sind ca. 300 von ihnen zu uns gekommen.

Hamburg soll und will hier helfen:

- Daher akzeptiert die Stadt die Anwesenheit der Gruppe, die sich selbst „Lampedusa in Hamburg“ nennt und gewährt ihr ein Bleiberecht im Rahmen eines „Hamburger Moratoriums“ für mindestens sechs Monate;
- Die Zeit des Moratoriums soll genutzt werden, um auf Ebene der Innenministerkonferenz die Situation vorzutragen und gemeinsam für alle Bundesländer eine Lösung zu erarbeiten, die der spezifischen Not- und Fluchtsituation der Gruppe angemessen Rechnung trägt und dabei die Ausgangsfluchtsituation in Libyen mit berücksichtigt;
- Auf EU-Ebene sollen Möglichkeiten beraten werden, um die Gleichbehandlungsrechte zu daueraufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen in

Bezug auf den Arbeitsmarktzugang und die soziale Sicherung zu gewähren;

- Jedem Mitglied der Gruppe soll verbindlich die Möglichkeit einer unabhängigen und individuellen Verfahrensberatung eingeräumt werden.

Hamburger Moratorium ist eine Initiative von
- DIE LINKE Hamburg, Bürgerschaftsfraktion und Landesverband HH

- Bündnis 90 / Die Grünen Hamburg, Bürgerschaftsfraktion und Landesverband HH

Unterstützt von (u.a.):

Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland; Pastor Sieghard Wilm, St. Pauli Kirche; Pastor Martin Paulekuhn, St. Pauli Kirche; Peter Bremme, Fachbereichsleiter ver.di Hamburg; Rocko Schamoni, Schriftsteller, Musiker; Ted Gaier, Musiker, Theaterschaffender; Christoph Twickel, Autor, Journalist; Peter Lohmeyer, Schauspieler; Anne Harms, Leiterin von fluchtpunkt - kirchliche Hilfsstelle für Flüchtlinge; FC St. Pauli Fanclub Sprecherrat; Micha Joho, Vorsitzender des Einwohnerversins St. Georg von 1987; Isabel Artus, Vorsitzende der DGB-Jugend Hamburg; Ünal Zeran, Rechtsanwalt; Jack Kurfess, Geschäftsführender Intendant Deutsches Schauspielhaus; Amelie Deuflhard, Intendantin der Internationalen Kulturfabrik Kampnagel; Ralf Henningsmeyer, Geschäftsführer GWA St. Pauli; Rebecca Lohse, stv. Geschäftsführerin GWA St. Pauli; Hanna Christian, GWA St. Pauli; Anja Bensinger-Stolze und Fredrik Dehnerdt, GEW-Vorsitzende Hamburg; Kay Kraack, Pastor St. Georg

Und der Umgang damit in der Bezirksversammlung:

Keine Mehrheit für Menschlichkeit

Zur Bezirksversammlung im Juni brachte DIE LINKE zusammen mit den Piraten und den Grünen einen Antrag ein, der zur Unterstützung des „Hamburger Moratoriums“ (siehe oben) aufrief. Dieser Antrag mit Resolutionscharakter stellte die Forderung auf: **„Der Aufruf ‚Hilfe für Flüchtlinge des Krieges in Libyen‘ wird von den Abgeordneten der Bezirksversammlung begrüßt und als Unterzeichner mit unterstützt.“**

Dieser Antrag fand keine Mehrheit im Bezirksparlament.

Während die Antragstellerinnen und Antragssteller mit sachlich-fundierten Positionen ausgiebig die humanitäre, aber auch juristische Lage der Flüchtlinge darstellten und verdeutlichten, wie lebenswichtig die Umsetzung dieser Forderungen für die betroffenen Menschen sind, gab es folgende Gegenargumente:

Falko Droßmann, Fraktionsvorsitzender der SPD, bestand darauf, dass er sich kein Bild von den Flüchtlingscamps von Lampedusa oder anderen machen könne. Und er wisse auch nicht, wie die Lage in Libyen sei. Er sei noch nie vor Ort gewesen und könne sich deswegen auch kein Urteil erlauben. Frau Westfehling vom Koalitionspartner FDP äußerte trotz Verständnisses für die Sorgen

Pressemitteilung ESSO-Häuser

St. Pauli: Die Stadt und der Bezirk dürfen sich nicht den Interessen der „Bayrische Hausbau“ und der Stage Entertainment unterwerfen!

St. Pauli ist seit Jahren einem ständig wachsenden Tourismusdruck ausgesetzt, der ein normales Leben für Einwohnerinnen und Einwohner immer weiter erschwert.

Die diskutierte Seilbahn über die Elbe und der angeblich schon „fest geplante“ Abriss des gesamten „Esso Häuser“ Grundstückes, inklusive der Geschäftszeile am Abschnitt Reeperbahn/ Spielbudenplatz, verstärkt diesen Druck ins Unerträgliche.

Die LINKE im Bezirk Mitte kritisiert das jetzt vorliegende Gutachten, das der Bezirk Mitte in Auftrag gegeben hat. Christine Detamble-Voss, Abgeordnete aus St. Pauli: „Das Gutachten erweckt den Eindruck, dass ein Erhalt der Häuser für den Investor nicht zumutbar sei.“ Für DIE LINKE bleiben

und Nöte der Menschen die Befürchtung, dass „ja dann alle kommen“, wenn Hamburg nachgeben würde.

Die CDU, zu dem Zeitpunkt nur noch mit zwei Personen anwesend, erklärte ihre „Nicht-Beteiligung“ bei dieser Abstimmung, weil sie grundsätzlich keine Resolutionen abstimmen würde.

In dieser Situation wurde der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt, der die geschäftsmäßige Mehrheit fand. Olaf Harms, Bezirksabgeordneter für DIE LINKE, forderte alle Anwesenden auf, bei der Abstimmung nur ihrem Gewissen statt dem Fraktionszwang zu folgen.

Ein geschlossener Block aus SPD und FDP stimmte mit nein, der Fraktionszwang war in der Koalition offensichtlich nicht aufgehoben. Warum die Regierungskoalition ihren Fraktionszwang bei so einer Gewissensfrage nicht aufgehoben hat, bleibt unbeantwortet.

Christine Detamble-Voss, Jugend- und sozialpolitische Sprecherin der LINKEN (einer Fraktion ohne Fraktionszwang): „Das war ein trauriger Tag für Demokratie und Humanismus.“

Fragen offen, zum Beispiel nach der genauen Fragesellung des Gutachtens und ob auch Alternativen geprüft werden, wonach die Geschäftszeile am Spielbudenplatz erneuert und die bestehenden Gebäude inklusive der Wohnhäuser erhalten werden können.

DIE LINKE Bezirksfraktion Hamburg-Mitte fordert den sofortigen Stopp der Abriss-Pläne der Esso-Häuser. Christine-Detamble-Voss: „Wünschenswert für St.Pauli wäre ein städtebauliches Gesamtkonzept, das öffentlich erstellt und demokratisch beraten und beschlossen werden muss.“

DIE LINKE fordert, dass endlich Schluss sein muss mit dem scheinweisen Verkauf von St. Pauli an Investoren und Immobilienhaie, die nur den maximalen Profit rausziehen wollen, so lang es geht ... um dann weiter zu ziehen und einen vollends gentrifizierten Stadtteil zurückzulassen.

Christine Detamble-Voss

Letzte Meldung:

Die EU hat den Wahltag für das europäische Parlament auf den 25.5.2014 festgelegt, damit steht auch der Zeitpunkt der Wahl zu den Hamburger Bezirksversammlungen fest.



Urlaubslektüre:

Sarah Wagenknecht: Freiheit statt Kapitalismus

Viele haben sich an diesem Buch schon abgearbeitet und sich viel Mühe gegeben, Sarah Wagenknecht der unangemessenen, gar naiven Sympathie für Ludwig Erhard und seine Vordenker zu überführen. Dies im Hinterkopf, habe ich mich

entschlossen, mich im Urlaub mal dem Originaltext zu widmen. Und siehe, ich war beeindruckt.

Keineswegs ist Sarah zum Ordoliberalismus konvertiert, sie nimmt vielmehr dessen ein halbes Jahrhundert alte Ansagen zum Ausgangspunkt, um ihn beim Wort zu nehmen und diejenige Ordnung einzufordern, die der „freie Markt“ eben nicht herzustellen in der Lage ist. Jedenfalls nicht der freie Markt, den Merkel, Schäuble und Konsorten als Allheilmittel für die europäische Krise durchzudrü-

cken versuchen (Stichwort: „Marktkonforme Demokratie“).

Sarachs Buch ist eine faktenreiche Analyse der gegenwärtigen Krise, die haben auch andere schon vorgelegt. Aber sie lässt es damit nicht bewenden, sondern zeigt Wege auf, wie der entfesselte Kapitalismus wieder gezähmt und schließlich in einen freiheitlichen, demokratischen Sozialismus übergeführt werden könnte. Ja, *könnte*, denn dazu bedarf es natürlich der politischen Mehrheiten auf der Straße und in den Parlamenten.

Dennoch: Mir hat die Lektüre Spaß gemacht, sie macht Mut zur politischen Arbeit für den Sozialismus und ich möchte sie allen GenossInnen und links Denkenden ans Herz legen.

Besel

Taschenbuchausgabe bei dtv: 12,90 €

(Wahlkampf-) **Aktivitäten im Juli** (soweit bekannt):

BO Wilhelmsburg/Veddel

Kinderfest der LINKEN. mit Sabine

Boeddinghaus, Freizeithaus Kirchdorf Süd,
Stübenhofer Weg 11

HelferInnen melden sich bitte bei Manfred Schubert: alfredm@live.de

BO HaHoBo

Infostände am Hammer Wochenmarkt
am Samstag, den 5. und 19. Juli

Mehr Info über Jan-Peter Klöckner.

BO St. Georg

Infostände

19.7. ab 14 Uhr am Markt, Carl v. Ossietzky-Platz

20.7. ab 11 Uhr bei Penny am Steindamm

Im übrigen hat es diverse Rundgänge und –fahrten mit **Jochen Hanisch** im Juni gegeben, jetzt hat der Kandidat seinen wohlverdienten Urlaub, ab Ende Juli geht es dann volle Pulle weiter, am 31.7. mit einer Veranstaltung in Barmbek (s. Termine)

Flüchtlinge und Asylbewerber unterbringen – aber nach demokratischen Spielregeln!

Weiter vorne in dieser Ausgabe wird über das von uns mit getragene Hamburger Moratorium berichtet. Unabhängig von der Problematik der 300 Flüchtlinge aus Libyen versucht die Sozialbehörde (BASFI) unter Missachtung demokratischer Spielregeln ihre jahrelangen Versäumnisse in Sachen Unterbringung von Obdachlosen und AsylbewerberInnen auszugleichen. So erfuhren die Bezirksabgeordneten aus der Presse, dass das Aufstellen weiterer Container in der Unterkunft Mattkamp sowie die weitere Nutzung des maroden Hochhauses an der Spaldingstraße beschlossene Sache sei.

Bei allem Verständnis für die Dringlichkeit der Schaffung weiterer Plätze für Erstaufnahme und Folgeunterbringung (wir wollen allerdings kleinteilige menschenwürdige Unterbringung – die ist weder am Mattkamp noch in der Spaldingstraße gegeben!) haben wir im Hauptausschuss mit den

anderen Parteien die nunmehr angesetzte „Anhörung“ der Bezirksversammlung als Farce bezeichnet und die Kenntnisnahme der Pläne der BASFI verweigert.

Herr Scheele und seine Untergebenen müssen noch viel Demokratie lernen – oder wollen sie das vielleicht gar nicht?

Erfreulicherweise tut sich in Billstedt was in Sachen Flüchtlinge in der Schule Oststeinbeker Weg. Mit vielen anderen sind Uwe Böhm und Renate dabei, einiges gerade zu rücken.

Und die Fraktion wird demnächst mal eine Bildungsveranstaltung zum hochkomplizierten Thema Obdachlose/Flüchtlinge/AsylbewerberInnen und deren Unterbringung ansetzen.

besel

Termine in (und für) Mitte

Montag, 08.07., 20:00 Uhr
(Achtung, ein Tag eher!)

Treffen der Finkenlinken,
bei Sauerbeck, Benittstr. 6

Dienstag, 09.07., 18:30 Uhr

Stammtisch der Linken in Billstedt
im Baustellen Casino im Kulturpalast Billstedt,
Öjendorfer Weg 30, 22119 Hamburg

Mittwoch, 10.7., 18:30 Uhr

Treffen des **Wahlaktivs** in der Landesge-
schäftsstelle, Wendenstraße

Samstag, 13.7., ab 10 Uhr:

Kinderfest der LINKEN. am Freizeithaus
Kirchdorf Süd, Stübenhofer Weg 11
HelferInnen melden sich bitte bei Manfred
Schubert: alfredm@live.de

Montag, 15.07. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 17.07., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 17.07. 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Mittwoch, 31.07., 18:00 Uhr

Für ein Recht auf lebenswerten Wohnraum
Veranstaltung der Stadtteilgruppe Barmbek mit
Jochen Hanisch und **Heike Sudmann**
Barmbek BASCH, Wohldorfer Straße 30

August

Montag, 05.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 13.08. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 13.08., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11

Montag, 19.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 21.08, 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 21.08., 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite
der Partei: www.die-linke-hamburg.de*

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Verena Brachvogel	040 439 77 01	verena.brachvogel@die-linke-hamburg-mitte.de
Stefan (Teddy) Dührkop	0151 129 444 71	stefan.duehrkop@die-linke-hamburg-mitte.de
Volker Honold (Schatzmeister)	040 280 35 82	volker.honold@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Martin Wittmaack	040 389 21 64	martin.wittmaack@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206, Postbank Hamburg BLZ 200 100 20